

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Hari Karki und Ingrid Decker

## Nepal-Bhutan Gespräche

Zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern in Fragen der Bhutan-Flüchtlinge haben sich im Oktober Vertreter beider Länder zu Konsultationsgesprächen getroffen. Das Verhandlungsergebnis des 'Nepal Bhutan joint ministerial level committees' wurde in den Regierungs-presseorganen Nepals durchweg positiv aufgenommen. Innerhin sieht Bhutan nun die Flüchtlingsfrage auch als ihr eigenes Problem an. Dago Tsering, der Führer der Bhutan-Delegation und Innenminister des Königreiches, bezeichnete das Treffen als fruchtbar für beide Seiten.

Nach dem offiziellen Verhandlungsergebnis stehen den Flüchtlingen in den Lagern allerdings harte Zeiten bevor, weil sie erneut kategorisiert werden sollen. So wird an eine Überprüfung der Flüchtlinge in nepalesischen Lagern auf der Basis von vier verschiedenen Gruppen gedacht. 1. In bonafide-Bhutanesen, die mit Gewalt vertrieben worden sind; 2. Bhutanesen, die ausgewandert sind; 3. Nicht-Bhutanesen; 4. Bhutanesen, die Verbrechen begangen haben. Gerade die Kategorisierung durch die bhutanesisch Regierung in sieben verschiedene Gruppen führte dazu, daß viele Südbhutanesen dazu gezwungen wurden, das Land zu verlassen.

Wie die Überprüfung der Flüchtlinge und ihre Einteilung in bestimmte Kategorien stattfinden soll, wird erst auf dem nächsten Treffen im Februar 1994 entschieden. Im Mittelpunkt steht das Interesse der beiden Regierungen und nicht das Schicksal zehntausender von Flüchtlingen. Nepal will die Flüchtlinge wieder los werden, Bhutan die Menschen, die nach Nepal geflüchtet sind, nicht wieder aufnehmen.

In einer Pressekonferenz weigerte sich der nepalische Innenminister Deupa klarzulegen, warum die Kategorisierung vorgenommen wurde. Es ist auch unklar, welcher Kategorie welches Schicksal bevorsteht.

Die nepalische Regierung wird gezwungen sein, die diskriminierenden Gesetze zur Staatsbürgerschaft in Bhutan anzuerkennen.

## WFP Hilfe

Die nepalische Tageszeitung 'Gorkhapatra' berichtete am 20. Oktober 1993 über die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Regierung und dem 'World Food Program' (WFP) in Kathmandu. Danach verpflichtet sich das WFP, bis Ende 1993 Lebensmittelhilfe im Wert von 1,74 Millionen US Dollar für die bhutanischen Flüchtlinge in Nepal zur Verfügung zu stellen. Über eine weitere Hilfe für eine Periode von 18 Monaten sei noch nicht entschieden worden. Das WFP hatte auch 17.400 Tonnen Lebensmittel im Wert von 5,6 Millionen US Dollar für die Betroffenen der Dürre- und Flutkatastrophe im Laufe dieses Jahres zur Verfügung gestellt.

## Landesweiter Generalstreik

Ende September organisierte die Vier-Parteien-Linksallianz bestehend aus der 'United People's Front' (UPF), 'Masal', 'Marxist-Leninist-Maoist Group of the Nepal Communist Party' und 'Nepal Workers and Peasants Party' einen landesweiten Generalstreik. Dabei wurde unter anderem auch der Rücktritt des Premierminister G.P. Koirala gefordert. Umzüge und Demonstrationen fanden in verschiedenen Orten des Landes statt. Der Generalsekretär der UPF, Pampha Bhusal, erklärte, daß während des Streiks an verschiedenen Orten des Landes 3.000 Menschen und allein im Kathmandu 750 Menschen verhaftet worden seien. Darunter sogar drei Parlamentsabgeordnete der UPF, die jedoch später wieder freigelassen wurden.

Der Sprecher des Innenministeriums erklärte, daß die Verhaftungen als Sicherheitsmaßnahmen vorgenommen worden seien. Am 23. September gab die Vier-Parteien-Allianz eine Presseerklärung heraus.

Darin forderte sie die Freilassung aller aufgrund des Streiks und der Demonstrationen Inhaftierten. In einem Interview mit der Zeitschrift 'Samaj' sagte Dr. Baburam Bhattarai (UPF): "Der erfolgreiche landesweite Generalstreik vom 21. September 1993 zeigt, daß das Volk unsere Forderungen unterstützt. Es hat auch bewiesen, daß die Bevölkerung die Vereinbarung, die vom 'Nepali Congress' (NC) und der 'Communist Party of Nepal' (CPN-UML) am 17. August 1993 unterzeichnet wurde, nicht akzeptiert. Die friedliche und zurückhaltende Protestaktion ist der Beweis dafür, daß wir die volle Kontrolle über die Bewegung haben."

## Erdbeben in Westnepal

Ende Oktober ereignete sich in den Distrikten Rukum, Salyan und Jajarkot ein Erdbeben mit dem Werte 5 auf der Richter-Skala. Diesem Hauptbeben folgten über mehrere Tage eine Serie von kleineren Nachbeben. Etwa 50 Personen wurden leicht verletzt. Die am schwersten betroffenen Gebiete waren Khalanga, Daragaun, Jagatipur, Bhur, Punama, Jhapri und die Täler im Jajarkotdistrikt, wo 90 Prozent der bewohnten Häuser zerstört wurden. Der geschätzte Gesamtschaden beträgt zehn Millionen Rupien.

## Neue Regelungen im Arbeitsgesetz

Die Regierung Nepals verkündete neue Regelungen des Arbeitsgesetzes (Labor Act) von 1992. Diese beziehen sich auf den Jugendarbeitsschutz und die Gleichstellung der Frau. Minderjährige zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht mehr als sechs Stunden am Tag oder 36 Stunden pro Woche beschäftigt werden. Minderjährige über 16 Jahre dürfen außerhalb der Zeit zwischen 6.00 und 18.00 nur aufgrund einer gegenseitigen Vereinbarung des minderjährigen Arbeitnehmers und des Arbeitgebers beschäftigt werden. Weiterhin wird geregelt, daß Männer und Frauen

für gleiche Arbeit auch gleich entlohnt werden müssen.

### Rede des Premiers vor der UN Generalversammlung

Am 13. Oktober sprach Premierminister G.P. Koirala vor der 48. Sitzung der UN Generalversammlung. Es war das erste Mal seit 32 Jahren, daß ein Premierminister von Nepal an der Sitzung der UN Generalversammlung teilnahm. Der damalige nepalische Premierminister B.P. Koirala nahm 1960 an der Sitzung der Generalversammlung der UN teil. Unter anderen sagte der Premier: "Die Wiederherstellung der Mehrparteiendemokratie und Respektierung der Menschenrechte bedeuten nicht unbedient, daß wir alle unsere Probleme gelöst haben. Meine Regierung bemüht sich, einen besseren Lebensstandard für unsere Landsleute zu sichern. Zusammen mit der Liberalisierung der Wirtschaft streben wir nach einer auf das Volk bezogenen Entwicklungspolitik, die sich auf die Armutsbekämpfung konzentriert. Wir freuen uns über das große Einverständnis mit den Gebernationen und den multilateralen Agenturen, die uns bei der Verwirklichung unserer volksorientierten Entwicklungsprogramme zur Seite stehen."

Am gleichen Tag sprach der Premier anlässlich einer Pressekonferenz im UN Informationszentrum in New York davon, daß die Achtung der Menschenrechte und der grundlegenden politischen Rechte die Basis seiner Politik ausmache. Er erwähnte auch Nepals wachsende Energieprobleme und appellierte an amerikanische Industrielle, Partner in der Entwicklung des Energiesektor zu sein, um die Energiekrise zu beheben. Bezüglich der bhutanischen Flüchtlinge in Nepal sagte er, die Beziehungen zwischen Nepal und Bhutan seien weiterhin gut. Man habe sich auf eine Klassifizierung der Flüchtlinge in verschiedene Kategorien verständigt (siehe dazu auch weiter oben).

### PARINAC Konferenz in Kathmandu

Die PARINAC (Partnership in Action) Regional Konferenz für Süd-Asien, welche gemeinsam vom UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) und dem ICVA (International Council of Voluntary Agencies) organisiert wurde, fand Anfang November in Kathmandu statt. Es nahmen Ver-

treter von 71 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus Bangladesch, Indien, Sri Lanka und Nepal sowie Beobachter verschiedener UN Agenturen in Asien teil. Die Konferenz empfahl die Gründung eines Koordinationsmechanismus zwischen den NGOs und dem UNHCR. Am 4. November 1993 gaben 35 NGOs eine gemeinsame Erklärung heraus. Sie enthielt die Forderung, die Kategorisierung der bhutanischen Flüchtlinge in Nepal nach der Entscheidung des Ministerial-Komitees zu überprüfen. Die Verfahren zur Kategorisierung der Flüchtlinge müßten in Übereinstimmung mit den Prinzipien der internationalen Menschenrechte und anderer humanitärer Gesetze geschehen. Die NGOs appellierten an den UNHCR und die anderen internationalen Organisationen, Garantie bezüglich der Sicherheit der bhutanischen Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr zu gewähren sowie für deren Rehabilitation und Neuansiedlung in Bhutan zu sorgen.

### Premierminister in Tibet

Am 30. Oktober 1993 kam Pre-

mierminister G.P. Koirala zu einem einwöchigen Privatbesuch nach Tibet. Er hatte ein Gespräch mit dem Regierungschef Gyaltshen Norbu in Lhasa. Sie sprachen über eine bilaterale Kooperation in vielen Bereichen, einschließlich Handel, Tourismus, Verkehr und wirtschaftliche Entwicklung. Er versicherte Regierungschef Norbu, daß er von nepalischem Territorium aus keine Anti-China Aktivitäten erlauben würde. Nach seiner Rückkehr antwortete er auf die Frage nach der Einhaltung der Menschenrechte in Tibet, er wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einmischen, ebenso keine Einmischung anderer Staaten in die inneren Angelegenheiten Nepals dulden. Im Anschluß an den Besuch kam es zu zahlreichen unterschiedlichen Reaktionen.

### Nepali Kontingent für Somalia

Die 'Royal Nepali Army' entsandte eine 311-köpfige Friedenstruppe nach Somalia. Die Soldaten sollen für sechs Monate in Mogadischu bleiben.

## Lieber solidarisch kooperieren als unverfroren rekolonialisieren

### Entwicklungspolitik im Spannungsfeld Nord-Süd-Ost

Die »bleierne Zeit« der spätestens seit dem Golfkrieg gelähmten entwicklungspolitischen Debatte muß überwunden werden. Es ist notwendig, den veränderten weltpolitischen Bedingungen Rechnung zu tragen und eigene Kriterien zu entwickeln, um das Ziel einer »ökologischen und solidarischen Weltordnung« nicht zu einer programmatischen Hülse verkommen zu lassen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN lädt daher Interessierte aus allen Politikbereichen zu einer Arbeitskonferenz über die Perspektiven zukünftiger Nord-Süd-Politik ein.

Eröffnungskontroverse mit Elmar Altvater und Ulrich Menzel zu einer Verantwortungsethik des Nordens gegenüber dem Süden.

#### Foren:

- I. Wie stehen wir zum praktizierten »humanitären Interventionismus« des Nordens gegenüber dem Süden?
- II. Süden und Osten in der Weltwirtschaft Integration der Märkte und Desintegration der Gesellschaften
- III. Bausteine einer alternativen Nord-Süd-Politik in der BRD

Resumée

4./5. Februar 1994

Bielefeld, Martin-Niemöller-Gesamtschule

Weitere Informationen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle  
Ehrental 2-4, 53332 Bornheim, Tel. 02222-700869

